



Antrag

der Fraktion der CDU

über **Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde ist eine Gedenkstätte von bundesstaatlicher Bedeutung**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde als Gedenkstätte von gesamtstaatlicher Bedeutung eingestuft wird und der Verein Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde eine institutionelle Förderung für den Betrieb der Gedenkstätte erhält.

Begründung:

Der Verein Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde wurde im Herbst 1993 gegründet. Der Verein erforscht und dokumentiert die Geschichte des Notaufnahmelagers sowie die mit ihm verbundenen Personen, Organisationen, Dienststellen sowie Fluchtmotive, Aufnahme- und Eingliederungsverfahren. Der Verein betreibt seit 1993 eine ständige Ausstellung zur deutsch-deutschen Fluchtbewegung an authentischer Stelle, auf dem Gelände des ehemaligen Notaufnahmelagers.

Das Notaufnahmelager Berlin-Marienfelde wurde 1953 eröffnet, auf dem Höhepunkt der größten Fluchtwelle aus der DDR seit Gründung der beiden deutschen Staaten. In diesem Jahr war der westliche Teil Berlins Durchgangsstation für mehr als 305 000 Menschen auf ihrer Flucht in den Westen. Von 1952, dem Jahr der perfekten Abriegelung der Grenze zwischen West- und Ostdeutschland, bis zum Bau der Mauer im August 1961 nahm rund die Hälfte der Flüchtlinge den Weg über die Westsektoren Berlins. Für die kriegszerstörte Stadt bildete dieser riesige Menschenstrom eine große Herausforderung an Politik und Gesellschaft.

Auch nach der nahezu vollständigen Ausschaltung aller Fluchtmöglichkeiten durch den Bau der Mauer behielt Marienfelde seine Funktion als Aufnahmelager bei. Im Zusammenhang mit der Ausreisewelle der Jahre 1988/89 erlebte das Notaufnahmelager den letzten großen Andrang. Selbst nach Verkündung der Reisefreiheit und dem Fall der Mauer wurden im Lager noch zehntausende Aufnahmeanträge gestellt. Im Verlauf des Vereinigungsprozesses wurde das Notaufnahmeverfahren dann zum 30. Juni 1990 eingestellt. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten seit 1953 ca. 1,35 Millionen Flüchtlinge und Übersiedler aus der DDR die Einrichtungen in Marienfelde durchlaufen. Heute befindet sich hier die Zentrale Aufnahmestelle des Landes Berlin für Aussiedler.

Diesen wichtigen Teil der Berliner und deutschen Nachkriegsgeschichte, für den Marienfelde steht, nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, wird durch die ehrenamtliche Arbeit des Vereins ermöglicht.

Die Mitglieder der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der Deutschen Einheit“ stuften die Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde als Gedenkstätte von gesamtstaatlicher Bedeutung ein (Abschlussbericht der Kommission vom 10. Juni 1998 – Drs 13/11.000). Derzeit fehlt es aber noch an einer Unterstützung des Bundes für die wissenschaftliche Betreuung und Verwaltung für einen kontinuierlichen Betrieb der Projekte und der ständigen Ausstellung.

Berlin, den 2. September 2002

Dr. Steffel Grütters
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der CDU